

„Die Armee ist kein gepanzertes Technisches Hilfswerk“

Interview mit Verteidigungsminister Thomas de Maizière

Wie reformiert man seine Streitkräfte in Zeiten des Sparzwangs? Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière erklärt im *IP*-Gespräch, warum sein Prinzip bei der Neuausrichtung der Armee „Breite vor Tiefe“ lautet, inwiefern solide Finanzpolitik heute Sicherheitspolitik ist und wann militärische Mittel zwar äußerstes, aber nicht erst letztes Mittel sind.

IP: Herr Minister, seit mehr als zwei Jahrzehnten ist Deutschland nur noch von Bündnispartnern umgeben. Fast ebenso lange ist ein kontinuierlicher Reformprozess der Bundeswehr in Gang. Über welche Fähigkeiten müssen unsere Streitkräfte heute verfügen?

Thomas de Maizière: Über welche Fähigkeiten die Bundeswehr verfügen soll, wird von unseren sicherheitspolitischen Interessen und Zielen bestimmt, ebenso aber vom sicherheitspolitischen Umfeld, also von den Herausforderungen an unsere Sicherheit, denen wir uns heute und künftig gegenübersehen. Diese Herausforderungen haben sich seit Ende des Kalten Krieges erheblich gewandelt.

Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln halte ich zumindest für die überschaubare Zukunft für äußerst unwahrscheinlich. Stattdessen müssen wir uns bereits seit Jahren mit neuen, asymmetrischen und in steigendem Maße auch mit nichtstaatlichen Herausforderungen auseinandersetzen. Dazu zählen die Destabilisierung ganzer Regionen, internationaler Terrorismus, Proliferation und die Gefährdung unserer Rohstoffversorgung oder so genannter kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik. Die künftigen

Dr. Thomas de Maizière ist seit März 2011 Bundesminister der Verteidigung. Zuvor war er Bundesinnenminister und Chef des Bundeskanzleramts



Fähigkeiten der Bundeswehr müssen deshalb ein breites Aufgabenspektrum abdecken: Landesverteidigung als Bündnisverteidigung, internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschließlich des Kampfes gegen den Terrorismus, Beteiligung an militärischen Aktionen im Rahmen der EU, Beiträge zum Heimatschutz, Rettung und Evakuierung sowie Geiselnbefreiung im Ausland, multinationale Kooperation und humanitäre Hilfe im Ausland. Breite vor Tiefe ist deshalb auch das leitende Prinzip bei der Neuausrichtung der Bundeswehr.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist: Die Bundeswehr muss in der Lage sein, im gesamten Intensitätsspektrum zu wirken. Dazu gehört auch Kampf. Die Bundeswehr ist keine Armee der Brunnenbohrer, und sie ist auch kein gepanzertes Technisches Hilfswerk. Das wäre ein Missverständnis, das leider hier und da immer noch anzutreffen ist. Nicht auf jede Herausforderung in der Welt werden wir eine robuste militärische Antwort geben müssen oder gar können. Doch wird die Frage nach dem Einsatz unserer Streitkräfte in Zukunft wohl häufiger gestellt werden. Deutschland begreift Sicherheit umfassend. Und ebenso umfassend muss das Instrumentarium sein. Im Rahmen der vernetzten Sicherheit ist der Einsatz von Streitkräften deshalb ein wichtiges, aber eben nur ein Instrument neben anderen.

„Es gibt keinen Sonderweg mehr zu unseren Gunsten oder Ungunsten, und es wird auch künftig keinen geben“

IP: Sie haben zuletzt öfter ein „Ende des deutschen Sonderwegs“ angekündigt: Was genau ist damit gemeint?

De Maizière: Nein, ich habe gesagt: Es gibt keinen Sonderweg mehr zu unseren Gunsten oder Ungunsten, und es wird auch künftig keinen Sonderweg geben. Deutschland ist ebenso wie unsere Partner in NATO und EU verpflichtet, internationale Verantwortung zu übernehmen. Wir sind ein verlässlicher Partner, im Bündnis und für unsere Freunde. Aber wir sind auch eine erwachsene Nation, die Ja und Nein sagen kann.

IP: Sie haben in Anlehnung an Clausewitz Streitkräfte als „Mittel der Außenpolitik“ bezeichnet. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien sind die Bedrohungsszenarien weit gesteckt, von zerfallenden Staaten über die Proliferation von Massenvernichtungswaffen bis hin zur Sicherung freier Handelswege. Mit den Erfahrungen aus Afghanistan: Welche Fragen müssen gestellt werden, um einen Einsatz zu begründen?

De Maizière: Zunächst einmal sind Streitkräfte Ausdruck des Selbstbehauptungswillens jeder Nation. Sie sind das Rückgrat für die Sicherheit unseres Landes, und sie dienen dem Schutz unserer Bürger. Diese Sicherheit zu gewährleisten, das bedeutet heute vor allem, Krisen und Konflikte, welche die territoriale Integrität und die Souveränität Deutschlands und unserer Verbündeten beeinträchtigen, auf Distanz zu halten, möglichst zu verhindern, vorbeugend einzudämmen oder, wenn nötig, auch zu bewältigen. Das ist der Kern deutscher Sicherheitsinteressen. Wir müssen in jedem Einzelfall aufs Neue die

Frage beantworten, wann und zu welchem Zweck der Einsatz von Streitkräften erforderlich ist. Dabei sind zunächst einmal die unmittelbaren Auswirkungen auf unser Land entscheidend. Ein Einsatz kann aber auch erforderlich sein, wenn Deutschlands Verantwortung als die eines gestaltenden Mitglieds der internationalen Gemeinschaft berührt ist. Die dritte Frage ist die nach dem Kontext des Einsatzes: Sind wir bereits durch andere Einsätze gebunden? Wie lange dauert der Einsatz? Was sind Bedingungen für eine Beendigung des Einsatzes? Neben diesen drei Maßstäben – Interessen, Verantwortung, Kontext – müssen wir künftig noch deutlicher die Frage stellen, welche Folgen ein Nichteinsatz hat und welche Ziele wir realistisch gesehen erreichen können.

„In jedem Einzelfall ist zu klären, wann und wofür der Einsatz von Streitkräften erforderlich ist“

IP: *„Die Bundeswehr ist eine Bündnisarmee“ – das ist Staatsraison. Nun werden sich die USA künftig sicherheitspolitisch zurückhaltender engagieren; Europa wird immer stärker gebraucht, wendet aber nur 60 Prozent der Mittel auf, welche die Vereinigten Staaten einsetzen. Ist eine Reform unter Sparzwang hier nicht grundsätzlich die falsche Herangehensweise?*

De Maizière: Sicherheit ist wohl die erste, aber ganz bestimmt nicht die einzige Staatsaufgabe. Deshalb müssen auch die Aufwendungen für Verteidigung im Einklang mit den anderen Verpflichtungen eines Staates stehen. Das gilt nicht nur für Deutschland, das gilt auch für unsere Bündnispartner. Genau wie wir stehen sie derzeit vor der Aufgabe, die schwerste Wirtschaft- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen. Das ist eine gesamtstaatliche Herausforderung. Unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gebietet es, dass wir die Schuldenlast mindern. Richtig ist aber auch: Deutschland benötigt einsatzfähige Streitkräfte, deren Ausstattung und Ausbildung der internationalen Stellung und dem Gewicht unseres Landes entsprechen. Wir bringen die finanziellen Möglichkeiten der kommenden Jahre mit den Fähigkeiten, Strukturen und der Ausrüstung in Deckung, die wir zur Erfüllung unseres Auftrags benötigen. Dafür wird die Bundeswehr auch die notwendigen finanziellen Mittel erhalten. Ein zentrales Ziel der Neuausrichtung besteht deshalb neben der Demografiefestigkeit und dem, was wir sicherheitspolitische Ableitung nennen, darin, die Bundeswehr auf eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage zu stellen. Auch solide Finanzpolitik ist heute Sicherheitspolitik.

IP: *In welchem Rahmen wird die reformierte Bundeswehr ihre Leistungen vornehmlich erbringen: innerhalb der NATO oder den Strukturen der EU? Kann sie beides gleichermaßen?*

De Maizière: Ziel der Neuausrichtung ist eine Verbesserung der Prozesse und Verfahren, also eine größere Effizienz. Das verlangt eine wirksamere Auftrags-erfüllung durch die Truppe, also höhere Effektivität. Wir werden auch in Zu-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

kunft nur über ein „single set of forces“ verfügen. Die Bundeswehr ist nicht unterteilt in Streitkräfte für die NATO, Streitkräfte für die EU und Streitkräfte für die Vereinten Nationen. Wir können unsere Einheiten und Verbände nicht auf verschiedene Organisationen aufteilen, etwa nach dem Motto: ein Artilleriebataillon für die NATO, zwei Marineflottillen für die EU – das ist nicht möglich und wäre auch kontraproduktiv. Wir müssen NATO und EU komplementär denken und entsprechend planen. Beide stehen für unsere Sicherheit, für unseren Schutz. Sie garantieren unsere Freiheit, und sie stehen für gemeinsame Werte und Interessen.

IP: Ist eine vertiefte Integration, die ja gerade im Zusammenhang mit der Schuldenkrise gefordert wird, auf das Politische und Wirtschaftliche zu beschränken? Muss sie nicht auch das Militärische umfassen?

De Maizière: Eine vertiefte Integration und stärkere Kooperation bleiben unser Fokus innerhalb der EU und der NATO und auch zwischen beiden Organisationen. In der EU haben wir mit der „Gent-Initiative“ und dem Weimarer Dreieck gemeinsam mit unseren Partnern Impulse gesetzt, die auf eine stärkere Zusammenarbeit zielen. Gemeinsame Hauptquartiere, multinationale Führungseinrichtungen, Kooperation bei Entwicklung und Beschaffung von Systemen sowie gemeinsame Ausbildung und Betrieb sind Projekte, die bereits laufen oder an denen gearbeitet wird. In der NATO läuft das unter dem Stichwort „Smart Defense“. Bei all diesen Themen sind aber auch Realismus und Pragmatismus gefragt. Das heißt, dass wir nicht immer darauf warten sollten, dass alle bei jedem Projekt mitmachen. Es reicht auch, wenn sich einmal nur zwei, drei oder vier Staaten zusammenfinden. Die Erfahrun-

gen der einzelnen europäischen Staaten mit Streitkräften in ihrer Geschichte sind ganz unterschiedlich, und entsprechend unterschiedlich sind die Kulturen. Das können wir nicht von heute auf morgen aushebeln. Und das sollten wir auch gar nicht versuchen. Hinzu kommt der wichtige Punkt der Vertrauensbildung: Wer Aufgaben anderen überlässt, muss sich darauf verlassen können, dass diese dann auch erfüllt werden. Wenn wir Deutschen mit anderen Staaten Fähigkeiten teilen, dann müssen auch die politischen Verfahren so ausgestaltet sein, dass diese Fähigkeiten im Fall eines Einsatzes des anderen Landes zur Verfügung gestellt werden.

IP: Sie haben angekündigt, dass sich die Bundeswehr verstärkt auf Auslandseinsätze einstellen muss. Zugleich müssen Sie Milliarden einsparen, und schon heute ist die Bundeswehr mit ihren verschiedenen Engagements, dem größten in Afghanistan, am Rande ihrer Kapazitäten. Wie wollen Sie die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr erhöhen, gerade mit Blick auf multiple, parallel geführte Einsätze?

De Maizière: Mit den jetzt getroffenen Entscheidungen zur Neuausrichtung der Bundeswehr schaffen wir beides. Wir stellen die Bundeswehr auf eine solide und nachhaltige finanzielle Grundlage, und wir steigern die Einsatzfähigkeit. Die Bundeswehr wird zwar kleiner, sie wird aber auch konsequent einsatz- und fähigkeitsorientiert ausgerichtet – für das gesamte Aufgaben- und Fähigkeitsspektrum. Dafür brauchen wir keine Bundeswehr mit fast 100 Artilleriebataillonen oder Tausenden von schweren Kampfpanzern wie zu Hochzeiten des Kalten Krieges. Die Bundeswehr braucht heute ein breites Fähigkeitsspektrum, das sie für stabilisierende Einsätze wie auf dem Balkan, Einsätze in bewaffneten Konflikten wie in Afghanistan oder im Extremfall auch für Kampfeinsätze höchster Intensität befähigt.

Noch eines kommt hinzu und wird oft übersehen: Deutschland handelt nicht im Alleingang. Die Bundeswehr wird mit Einsatzkontingenten nahezu immer in multinationale Strukturen wie NATO oder EU eingebunden sein und gemein-

sam mit Streitkräften anderer Partnernationen operieren.

„Wir brauchen keine 100 Artilleriebataillone oder Tausende schwerer Kampfpanzer wie zu Zeiten des Kalten Krieges“

Dieser Logik folgt auch die Festlegung der nationalen Zielvorgabe zum gleichzeitigen Einsatz von bis zu 10 000 Soldaten für landgestützte Einsätze in bis zu zwei Einsatzgebieten und einem zusätzlichen maritimen Einsatz. Damit können wir 3000 Soldaten mehr als bisher in Einsätze

schicken, bei gleichzeitiger Reduzierung des Gesamtumfangs unserer Streitkräfte. Allerdings geht das nicht von heute auf morgen. Die Auflösung von nicht mehr benötigten Strukturen und das Aufstellen neuer Einheiten und Verbände braucht Zeit. Gleiches gilt für das Material, das veräußert oder neu beschafft werden muss. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Zielvorgabe mit Abschluss der Neuausrichtung erreichen werden.

IP: „Friedensschaffende Einsätze“ werden in Zukunft immer stärker durch Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung bestimmt sein, mit stärkerem Gewicht auf

dem Einsatz von Special Forces. Nun verfügt das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr im internationalen Vergleich über wenig Tradition und ist personell schwach besetzt. Wie ist es um die Zukunft des KSK bestellt?

De Maizière: Spezialkräfte hatten schon immer einen besonders hohen Einsatzwert, nicht nur für Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung. Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr braucht den Vergleich mit den Spezialkräften unserer Partner nicht zu scheuen. Das KSK ist materiell und personell so aufgestellt, dass es Einsätze im gesamten Aufgabenspektrum mit hoher Professionalität erfüllen kann. Zudem bestehen „Militärische Mittel sind doch erhebliche internationale Unterschiede bei der Definition, was alles unter Spezialkräften verstanden wird. Das äußerstes, nicht erst letztes Mittel“ betrifft sowohl Fähigkeiten als auch Qualität. So finden sich einige der Fähigkeiten, die in anderen Nationen den Spezialkräften zugeordnet sind, bei uns etwa bei den infanteristisch kämpfenden Truppengattungen, den Jägern, Fallschirmjägern, Gebirgsjägern, Feldjägern oder Panzergrenadiern. Das KSK ist und bleibt strukturell so aufgestellt, dass es auch zukünftig bei unterschiedlichen Einsätzen seinen Auftrag erfüllen kann.

IP: Ist die Bundeswehr denn für Einsätze zur Aufstandsbekämpfung strukturell und ihrer geistigen Prägung nach gerüstet?

De Maizière: Die zentralen Bestandteile dessen, was man im Englischen Counterinsurgency nennt, sind Sicherheit, Staatswesen und Regierungsführung sowie Wiederaufbau und Entwicklung. Daraus lässt sich ableiten, dass Streitkräfte allein für ein derartiges zivil-militärisches, aber auch genuin politisches Aufgabenspektrum nur bedingt geeignet sind. Sicherheit zu gewährleisten, explizit also der Schutz der Zivilbevölkerung, wird dabei allerdings zur entscheidenden Voraussetzung für den Erfolg. Streitkräfte sind nur einer von vielen Akteuren, aber ab einem gewissen potenziellen oder realen Gewaltniveau ein unverzichtbarer. Militärische Mittel sind „äußerstes“, nicht erst „letztes“ Mittel. Es ist also immer auch zu prüfen, ob ein frühzeitiger, dosierter Einsatz von Streitkräften oder seine Androhung eine Eskalation verhindern können.

IP: Lassen sich Einsätze der Bundeswehr, die beispielsweise auf die gezielte Tötung militanter Extremisten ausgerichtet sind, mit deutschem Recht in Einklang bringen?

De Maizière: Die Bundeswehr beteiligt sich grundsätzlich nur an Einsätzen, die mit internationalem Recht in Einklang stehen. Voraussetzung für die Anwendung militärischer Gewalt, ganz unabhängig davon, ob sie tödliche Wirkung hat, ist grundsätzlich, dass sie auf anerkannten Rechtsgrundlagen beruht und sich ausschließlich gegen legitime Ziele richtet. Hierfür gibt das Völkerrecht klare Maßstäbe vor, die auch von unserer nationalen Rechtsordnung anerkannt sind. Danach kann auch tödlich wirkende Gewalt etwa in bewaffneten Konflikten gezielt gegen militärische Gegner zum Einsatz kommen. Die konkrete Bestim-

mung eines legitimen militärischen Zieles und in welcher Weise vorgegangen werden kann, lässt sich dabei aber nur im Einzelfall vornehmen.

IP: Viele Menschen fürchten, dass sich mit der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht die Bindungen zwischen Bevölkerung und Bundeswehr lockern. Wie kann man den Dienst in der Bundeswehr so attraktiv gestalten, dass sich eine „Kultur der Freiwilligkeit“ entwickelt – und was könnte getan werden, um so etwas wie eine „zivile militärische Kultur“ zu fördern, in der die Bundeswehr gesellschaftlich stärker beheimatet ist und in der das Verständnis für die Komplexität ihrer Aufgaben wächst?

De Maizière: Zunächst einmal geht es nicht um die Abschaffung der Wehrpflicht. Wir haben die Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdiensts ausgesetzt. Das ist ein wichtiger Unterschied und kein nebensächliches Detail, weil gerade dies die künftige Reaktionsmöglichkeit auf heute noch nicht vorhersehbare sicherheitspolitische Entwicklungen garantiert.

Aber es ist richtig: Durch den Übergang der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee fallen manche Berührungspunkte zwischen Bundeswehr und Gesellschaft weg. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir eine neue Kultur des Miteinanders schaffen. Dazu gehört, dass wir eine offene Debatte über Sicher-

heitspolitik führen und darüber, was Sicherheit heute bedeutet und was sie uns wert ist. Ich denke an eine Debatte nicht nur im Bundestag, sondern in und mit der Gesellschaft, in allen Teilen der Bevölkerung. Es muss uns von Seiten der Politik gelingen, den Auftrag der Bundeswehr und die Bedeutung von Streitkräften besser zu

„Es muss der Politik gelingen, die Bedeutung von Streitkräften besser zu vermitteln“

vermitteln. Dazu gehört auch, dass wir über die Besonderheiten des soldatischen Dienens und über den Alltag unserer Soldaten in den Auslandseinsätzen sprechen – offen und ohne Scheuklappen. Dabei geht es mir nicht um moralische Überhöhung. Aber, und das ist mir ein großes Anliegen: Die Leistungen unserer Soldatinnen und Soldaten sollen von der Gesellschaft eine angemessene Wertschätzung erfahren. Darüber hinaus werden wir neue Berührungspunkte schaffen. Eine neue Reservistenkonzeption und auch eine engagierte Veteranenpolitik können dabei eine wichtige Rolle spielen, ebenso der Freiwillige Wehrdienst (FWD). Ab Mitte dieses Jahres haben bereits mehr als 7000 FWD-Leistende ihren Dienst in der Bundeswehr angetreten. Das ist erfreulich und zeigt, dass der Freiwillige Wehrdienst angenommen wird. Ich glaube fest an die Kraft der Freiwilligkeit. Gleichzeitig sehe ich es als eine Verpflichtung für uns alle, der Bundeswehr einen Platz in der Mitte der Gesellschaft zu gewährleisten und zu erhalten.

Die Fragen stellten Henning Hoff, Joachim Staron und Sylke Tempel